

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verantwortlich: Redaktionsdirektor
Herrmann-Gottschalk-Str. 25/26
Telefon: 25 111
Erscheinungsdauer: 1856 bis heute
Verleger: H. L. W. Kienitz

Druck: Druckerei der Dresdner Nachrichten
Herrmann-Gottschalk-Str. 25/26
Telefon: 25 111
Erscheinungsdauer: 1856 bis heute
Verleger: H. L. W. Kienitz

Verleger: H. L. W. Kienitz
Herrmann-Gottschalk-Str. 25/26
Telefon: 25 111
Erscheinungsdauer: 1856 bis heute

Eine neue Sympathieumgebung Italiens

Der Genfer Vertreter fordert Gleichberechtigung

London, 14. Oktober. In einer in der „New Chronicle“ veröffentlichten Unterredung setzt sich der italienische Botschaftssekretär und Hauptvertreter Italiens in Genf, Baron Aloisi, für die Revision des Versailler Vertrages und die Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung ein.

Italien stehe dem Völkerverbund an sich keineswegs feindlich gegenüber, es müsse aber ein Völkerverbund sein, der keinen Unterschied zwischen großen und kleinen oder zwischen siegreichen und besiegten Staaten kenne.

Dah der Versailler Vertrag nicht ewig bestehen könne, sei schon dadurch bewiesen, daß bereits wichtige Einzelheiten — so die Reparationsklausel — revidiert worden seien.

Italien stehe auf dem Standpunkt, daß es eine ausgedehnte Ungerechtigkeit sei, Deutschland als zweiklassige Macht zu behandeln. Italien begünstige die Revision der Friedensverträge, weil diese völlig unbillig gegen Deutschland und Ungarn seien. Italien habe keine bevorzugten Sympathien für die eine oder andere Partei in diesen Staaten.

Jede Regierung in Deutschland oder Ungarn könne auf Italiens Unterstützung in ihrem Kampfe um die Gleichberechtigung rechnen.

Deutschland sei gezwungen gewesen, sich von der Abrüstungskonferenz zurückzuziehen, wenn ihm nicht volle Gleichberechtigung in Abhängigkeitsangelegenheiten gewährt würde. Deutschland dürfe mit dem „Preis der Freiheit“ von der Abrüstungskonferenz erwarten. Es habe lange genug vergeblich gewartet. Wenn Deutschlands Wunsch nach voller Gleichberechtigung erfüllt werde, so werde das gegenseitige

Vertrauen zwischen den Staaten wieder erwachen, und viele andere politische Fragen würden gelöst werden.

Ein energisches Wort Rheinabens

Zur Reorganisation des Völkerverbundssekretariats
Genf, 14. Okt. Die Beratungen des Sonderausschusses über die Reorganisation des Völkerverbundssekretariats sind in ein kritisches Stadium eingetreten.

Der deutsche Delegierte Freiherr v. Rheinabens hat gestern abend mit aller Entschiedenheit gefordert, daß gemäß dem Revisionsentwurf künftig der Völkerverbund festgelegt wird, daß kein Staat durch mehr als zwei Funktionäre unter den obersten Beamten des Sekretariats vertreten sein darf.

Wegen dieser grundsätzliche deutsche Forderung setzte gestern plötzlich ein Gegenangriff ein. Der deutsche Vertreter hat daraufhin mit aller Deutlichkeit zu erkennen gegeben, daß Deutschland gegen die ganze Reform stimmen werde, wenn in diesem entscheidenden Punkte der deutschen Forderung nicht Rechnung getragen wird. Diese entschiedene Haltung der deutschen Delegation hat offensichtlich eine klare Wirkung ausgeübt. Heute vormittag konnte nach Wiederaufnahme der Sitzung der Ausschuss festgehalten werden, daß

von verschiedenen Seiten der Wille zum Einlenken bezeugt wurde. Man hat zunächst heute die Sitzung des Sonderausschusses wieder unterbrochen und den Präsidenten beauftragt, nach einem Kompromiß zu suchen, das heute abend dem Ausschuss vorgelegt werden soll.

Die Beratungen des Kabinetts

Berlin, 14. Oktober. (Via Drahtmeldung.) Das Reichskabinett tritt zu seiner angefangenen Sitzung am Freitagvormittag zusammen. Wie bereits gemeldet, handelt es sich um zwei Probleme, die zunächst der Klärung zugeführt werden sollen, einmal um den Plan, das Reichskommissariat für das Bankgewerbe umzugestalten. Für den leitenden Vorken bei dieser Umgestaltung war in der letzten Zeit der Name des früheren Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht genannt worden. Soweit man heute hört, scheint dieser Plan fallengelassen worden zu sein. Zum anderen wird das Reichskabinett die angefangenen sozialpolitischen Maßnahmen, die in Zukunft für die Rentenempfänger und Winterbeihilfe für die Erwerbslosen bestehen, beraten. Es ist der Wunsch des Reichskabinetts, möglichst noch heute mit den grundsätzlichen Fragen, die hierdurch aufzuwerfen werden, fertig zu werden. In der letzten Zeit hat sich ja auch ein unerkennbar wachsender Druck in dieser Richtung auf die Reichsregierung geltend gemacht. Insbesondere ist von gewerkschaftlicher, aber auch von deutschnationaler Seite immer wieder darauf hingewiesen worden, daß mit Beschließen dieser Art nicht länger geduldet werden dürfe. Für den baldigen Abschluß der Beratungen spricht u. a. auch, daß einige Kabinettsmitglieder zum Wochenende ihren Urlaub zu nehmen gedenken. Das gilt vom Reichswehrminister von Scheidter, dem Reichsfinanzminister und Landwirtschaftsminister.

v. Goyl reist ins ostbairische Notgebiet

Berlin, 14. Oktober. Der Reichsinnenminister Freiherr v. Goyl wird am Montag von Ost aus eine Besichtigungsreise durch das ostbairische Notgebiet, vor allem das Waldgebiet des Frankenwaldes und des Bayrischen Waldes antreten, die bis Mittwoch dauern wird. Auf Bitte der bayerischen Regierung wird sich der Minister selbst von der besonderen Notlage in diesen Gegenden überzeugen. Der Reichsinnenminister wird auf dieser Reise von dem zuständigen Minister Stöckl begleitet.

Kleppers Geschäftsgebarung wird untersucht

Der Ausschuss fordert ein Strafverfahren

Berlin, 14. Oktober. Der Untersuchungsausschuss des Preussischen Landtages zur Überprüfung der Geschäftsgewehrung des früheren Finanzministers Dr. Klepper bei der Pächterkreditbank und bei der Dominienbetriebsgesellschaft, der auf Antrag der Deutschnationalen eingeleitet worden ist, trat am Freitag unter Vorsitz des Abgeordneten Jube (DN) zusammen. Ursprünglich war beabsichtigt, daß der Ausschuss seine Untersuchungen erst nach dem 6. November beginnen sollte.

Sozialdemokraten und Zentrum protestierten deshalb zu Beginn der Sitzung gegen die vorzeitige Einberufung des Ausschusses.

Der Vorsitzende erklärte, daß vom Finanzministerium überreichte Material habe sich als so wichtig herausgestellt, daß man es sofort mit der Öffentlichkeit übergeben müsse, und daß die Mehrheit mit der vorzeitigen Einberufung des Ausschusses zweifellos einverstanden sein werde, sobald sie den Bericht des Berichterstatters zur Kenntnis genommen habe. Von den Sozialdemokraten wurde demgegenüber erklärt, daß über den Wert des Materials nur der Ausschuss zu urteilen habe. Wenn der Vorsitzende es für so wichtig hielt, dann sei das wohl auf seine parteipolitische Einseitigkeit zurückzuführen und auf Rücksichten auf den Wahlkampf.

Von den Deutschnationalen wurde erwidert, es gehe nicht an, daß die Sitzung verschoben werde, weil einzelne Parteien eine Klarstellung vor den Wahlen nicht wünschten.

Der deutschnationale Abgeordnete Steuer erklärte, daß eine Beschleunigung über die Jugendvernehmungen noch heute unbedingt erforderlich sei. Ein sozialdemokratischer Verweisungsantrag wurde gegen die Antragsteller und das Zentrum abgelehnt.

Der Berichterstatter Abg. Steuer (DN)

wies zunächst darauf hin, daß seinem Bericht die Aussagen zugrunde lägen, die von den Beamten der Preussischen Landtage in amtlicher Untersuchung gemacht worden seien. Dr. Klepper habe als Präsident der Pächterkreditbank ein jährliches Einkommen von etwa 100.000 Reichsmark gehabt. Persönliche wirtschaftliche Notlage könne daher bei seinen Manipulationen keine Rolle gespielt haben. Die in dem Bericht zu erörternden fünf Punkte bedeuteten einen Gesamtkomplex, dessen Inhalt den Verdacht einer in der Hauptsache durch politische Gesinnung bestimmten rechtsmissigen und in vielfacher Hinsicht krassen Verwendung erheblicher Mittel der Preussenfiskus begründe.

Wenn es sich dabei auch um recht beträchtliche Summen handle, so könne doch gesagt werden, daß die Sicherheit der Preussenfiskus durch den Schaden nicht nennenswert erschüttert werde. Das Verhalten des Präsidenten Klepper habe außer der geschäftlichen und kriminellen Seite eine ausgedehnte politische.

Der Ausschuss beschloß, im Anschluß an den Vortrag des Abgeordneten Steuer auf Antrag der Nationalsozialisten, mit dem Stimmen der Antragsteller und der Deutschnationalen, bei Stimmhaltung der Kommunisten, die Akten an die Staatsanwaltschaft weiterzugeben mit dem Ersuchen, gegen die schuldigen Personen sofort ein Strafverfahren einzuleiten und sie in Haft zu nehmen. Der Antrag richtet sich besonders gegen den früheren Minister Klepper. Weiter wurde beschlossen, am Dienstag in eine Jugendvernehmung über den Fall „Pächterkreditbank“ einzutreten und als Zeugen den Ministerpräsidenten Braun, die Minister Göttsche, Klepper und Geyer, Reichsminister, den Präsidenten Raab, Konrad Maus von der „Pächterkreditbank“ und den Vorsitzenden der rheinischen Zentrumspartei, W. D. Müller, zu vernehmen.

Der Reichslandbund gegen Kartellisierung und Monopolisierung

Berlin, 14. Okt. Der zoll- und handelspolitische Ausschuss des Reichslandbundes faßte in seiner Sitzung am Donnerstag folgenden einstimmigen Beschluß: Durch die Presse geht die Nachricht, daß von industrieller Seite wie von landwirtschaftlichen Einzelverbänden unter Beiseiteziehung der Abstimmungsergebnisse ein Kartellierungs- und Monopolisierungsplan der Abgabe landwirtschaftlicher Produktion gefordert wird. Die Kartellisierung des Getreideabbaus, die zunächst gefordert wird, führt unangenehm zu gleichen Maßnahmen bei allen anderen wichtigen landwirtschaftlichen Erzeugnissen und schließlich zu weitgehenden planwirtschaftlichen Einschränkungen von Roh- und Veredelungsprodukten in Deutschland zugunsten des Auslandes. Der handelspolitische Ausschuss lehnt diese Politik ab. Er fordert statt dessen erneut und dringlich die Festsetzung von Weltmarktpreisen in Verbindung mit ausreichenden Zöllen.

Möglicher Wahlaufmarsch der SPD

Berlin, 14. Oktober. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei hat einen Antrag erlassen, in dem eingangs auf der Rede des Reichsfinanzministers Stellung genommen wird.

Wegen die Pläne der Regierung stelle sich die Sozialdemokratie zur Verteidigung und zum Gegenangriff. Der Antrag fordert die „Entscheidung der haarscharfsten Distanzen“ und des Großgrundbesitzes, die Verstaatlichung der Banken und der Schlüsselindustrien, die planmäßige Leitung der Wirtschaft zum Wohle der Gesamtheit durch einen sozialistischen Staatsplan. Die Nationalsozialisten hätten der sozialen Reaktion in den Sattel geholfen. Ihr jahrelanger Kampf gegen die Republik habe der Reaktion den Weg zur Macht geebnet. Die Kommunisten hätten, statt Schulter an Schulter mit der Sozialdemokratie für die Rechte des Volkes einzutreten, in zahllosen Parlamentarismuskonventionen und beim Volksentscheid am 9. August 1931 gemeinsam mit den Nationalsozialisten und Deutschnationalen den Kampf gegen die demokratische Republik geführt. Wer die demokratische Republik, das gleiche Wahlrecht und das parlamentarische System jahrelang mit Hohn und Haß bekämpft habe, der könne sie heute nicht gegen die Barons verteidigen.

Zum Schluß heißt es: Wieder mit der Baronswirtschaft Kampf der Reaktion und ihren Staatsräubern! Nichts kennzeichnet wohl besser die Ideenarmut und die Hilflosigkeit der Sozialdemokratie als dieser Wahlaufmarsch. Ein paar Phrasen über die Sozialisierung, deren Mißerfolge in den letzten zwölf Jahren der Steuerzahler zu büßen hatte und ein paar erlogene Schlagworte gegen die angebliche Reaktion. Eine politische Gruppe, die in dieser Zeit nichts weiter zu tun weiß, als die verhassten Requiriten aus der Parteipropaganda hervorzuholen, bekennt sich selbst als gefahrgen, bevor die Wahlkämpfe stattfinden.

„Graf Zeppelin“ in Rio de Janeiro. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist in Rio de Janeiro früh um 6.15 Uhr eingetroffen und um 7.30 Uhr zur Weiterfahrt wieder aufgeklappt.

Schießerei zwischen Nationalsozialisten und Stahlhelmern

Gumburg, 14. Oktober. In der vergangenen Nacht kam es zwischen Nationalsozialisten, die von einer Versammlung beimfeierten, und Angehörigen des Stahlhelms zu Zusammenstößen. Hierbei fielen mehrere Revolververletzungen. Zwei Stahlhelmangehörige, der Korvettenkapitän a. D. Paulsen und der 22jährige Helms Wolf, wurden durch Messerstiche schwer verletzt, ein dritter Angehöriger des Stahlhelms erlitt eine leichte Rückenverletzung. Ein Nationalsozialist, bei dem eine Kronenknopflehre mit leerem Magazin beschlagnahmt werden konnte, wurde festgenommen. (WZB.)

Wirbelsturm deckt 150 Häuser ab

Reinheim (an der Bergstraße), 14. Oktober. Das nahe-Dorf Vandenbach wurde am Donnerstagabend von einem furiosen Wirbelsturm heimgesucht. Im süd-

lichen und östlichen Teil des Dorfes wurden 150 Häuser abgedeckt. Etwa 200 Obstbäume wurden umgerissen. Menschenleben sind nicht zu Schaden gekommen.

Mord auf der Landstraße

Berlin, 14. Oktober. (Via Drahtmeldung.) Nach einer Meldung aus Braunschweig wurde auf der Landstraße zwischen dem Ort Gremlingen und Oberfläke ein junger Mann tot aufgefunden, dessen Leiche fünf Schuhverletzungen aufwies. Zwischen dem Ermordeten und seinem Mörder muß ein heftiger Kampf stattgefunden haben. Die Polizei nimmt an, daß die Mörder in einem Kraftwagen gefahren seien, dessen Nummer gefälscht war, den Mann hinausgeschoben und dann auf der Landstraße erschossen haben. Die gefälschte Nummer ist festgesetzt. Sie lautet D 8290. Diese Nummer ist jedoch seit Mai 1931 nicht mehr angegeben worden. Wie die Polizei weiter mitteilt, handelt es sich bei dem Ermordeten um einen Handlungsreisenden Wilhelm Kamppe aus Salzwedel. Der früher der Nationalsozialistischen Partei angehört hat.